

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin
Fernsprecher
auf der Reichs-Postkarte-Liste:
Wilhelm 5744

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Dienstag
5. Mai 1925

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftst. 2-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2300-2607
Fernsprecher
auf der Reichs-Postkarte-Liste:
Wilhelm 5744

Die belgische Regierungskrise.

Die bürgerlichen Parteien in der Sackgasse.

Brüssel, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Vier Wochen dauert nun die belgische Regierungskrise und noch ist kein Ausweg sichtbar. Nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen zwei katholische Politiker die Regierung zu bilden: der flämisch-katholische Führer Vandervivere, der den Versuch sofort als aussichtslos aufgab, und der frühere katholische Ministerpräsident de Broqueville, der nach einer Woche Bemühungen nun ebenfalls seinen Auftrag zurückgeben mußte.

Die Beauftragung de Broquevilles war beinahe eine Herausforderung der Sozialisten: sie war überhaupt nur unter dem Eindruck der Wahl Hindenburgs denkbar. Denn schon dieser Politiker nicht gerade wegen seiner Ueberzeugungstreue bekannt ist und wahrscheinlich ebenso bereit wäre, demokratisch wie faschistisch zu regieren, so sind doch vor allem seine persönlichen Neigungen stark militaristisch und deutschenfeindlich. Daß es ihm trotz der wachsenden Krisenmüdigkeit aller Parteien nicht gelungen ist, eine Mehrheit zusammenzubringen, ist immerhin ein erfreuliches Zeichen. Broqueville scheint bei den christlichen Demokraten Widerstand gefunden zu haben, und auch die liberalen Führer, die schon auf dem Sprunge standen, ihn ihrer wohlwollenden Neutralität zu versichern, mühten angesichts der mehr linksorientierten Haltung des liberalen Parteiausschusses ihm im letzten Augenblick die Gefolgschaft verweigern. Das hat wohl den Ausschlag gegeben.

Was jetzt werden soll, weiß kein Mensch. Vielleicht wird versucht werden, ein außerparlamentarisches Geschäftministerium zu bilden, dessen Dasein natürlich jedem Zufall ausgeliefert wäre. Mehr und mehr wird aber doch erkannt, daß als letzter Ausweg nichts anderes übrig bleiben wird, als, vielleicht in etwas veränderter Form, zu der ursprünglichen sozialistischen Auffassung zurückzukehren und auf die in der Kammer bestehende sozialistisch-demokratische Mehrheit zurückzugreifen. Man spricht namentlich von der Möglichkeit, den christlich-demokratischen Arbeitsminister Tschöpfen mit der Regierungsbildung zu betrauen, der versuchen würde, die Sozialisten zur Mitarbeit zu gewinnen.

Die christlichen Demokraten zur Koalition bereit.

Brüssel, 5. Mai. (M.) Der König hat gestern keine politischen Besprechungen abgehalten. Die christlichen Demokraten veröffentlichen einen Aufruf, in dem sie für eine Zusammenarbeit mit den Sozialisten eintreten. Auf die Frage, ob ein katholisch-sozialistisches Ministerium denkbar sei, antwortete Vandervivere, wenn sich die Linke mit den 30 bis 35 Demokraten der Rechten verständigen könnte, sei die Möglichkeit eines solchen Kabinetts gegeben. Die Sozialistengruppe halte aber an ihrer Anschauung fest, nach der sie eine Gemeinschaft ablehne, die ohne Zweifel von den reaktionären Elementen beherrscht werde.

Der Pariser Wahlerfolg.

Paris, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Für Paris liegt nunmehr das stifferumäßige Wahlergebnis vom Sonntag vor. Es wurden abgegeben: für den Nationalen Block 205 719 Stimmen (am 11. Mai 1924 232 816), für das Kartell 196 848 (177 695), für

die Kommunisten 95 587 (125 407). Das Kartell hat demnach keine Stimmenzahl gegenüber dem vorigen Jahre um rund 20 000 erhöht, während der Nationale Block einen Verlust von 27 000, die Kommunisten einen von 30 000 aufzuweisen haben. Prozentual hat das Kartell der Linken seinen Stimmenanteil von 33 auf 38 Proz. zu erhöhen vermocht, wogegen der Nationale Block von 42 auf 40 Proz. und die Kommunisten von 23 auf 18 Proz. gefallen sind.

Die politischen Nachwirkungen.

Paris, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Blätter der Linken unterstreichen in ihren Kommentaren zu dem Ausfall der Gemeindevahlen die unausbleibliche Rückwirkung der Niederlage des Nationalen Blocks auf die allgemeine Politik. Das „Devoir“ schreibt: „Die Presse des Nationalen Blocks bemüht sich vergebens, den schweren Schlag, den die Reaktion am Sonntag erlitten hat, zu verschleiern. Man braucht nur die tatsächlichen Ergebnisse mit den Hoffnungen zu vergleichen, die man im Lager der Gastelnau-Millerand auf diese Wahlen gesetzt hat, um die Größe der Niederlage zu ermessen, die sie am Sonntag erlitten haben. Daran vermag alle Dialektik, die die Rechtspresse ausspricht, nichts zu ändern. Angesichts der ungemöhnlichen Festigkeit und der Sprache, mit der die Rechte den Kampf geführt hat, wäre es kaum erstaunlich gewesen, wenn das Kartell der Linken an Gefährden verloren haben würde. Statt dessen hat dieses den Kampf nicht nur siegreich bestanden, sondern unbestreitbare Fortschritte erzielt. Der Spruch, den das französische Volk am Sonntag gefällt hat, kann nicht anders ausgelegt werden als eine Bestätigung des Potoms vom 11. Mai 1924 und eine Billigung der Politik, den diese seitdem zur Folge gehabt hat. Insbesondere der Senat wird des begreifen müssen und sich nicht zum zweitenmal von der Reaktion zu einem Konflikt mit der Kammer treiben lassen dürfen.“

Rückwirkung der Wahlen auf England.

London, 5. Mai. (M.B.) „Westminster Gazette“ begrüßt in einem Leitartikel das Ergebnis der Wahlen in Frankreich als Beweis, daß die Mehrheit der Franzosen für den Linken Block sei, und daß die französischen Wähler es ablehnten, sich durch die Furcht vor einer monarchistischen Reaktion in Deutschland nach rechts treiben zu lassen, daß die französische öffentliche Meinung vielmehr entschlossen für eine Verständigung sei.

Wahlsunruhen in Algerien.

Paris, 5. Mai. (M.B.) „Matin“ meldet aus Oran: Infolge des Ergebnisses der Kommunalwahlen, die einen Sieg der antisemitischen Liste gebracht haben, ist es zu einem ersten Zusammenstoß gekommen, bei dem etwa 10 Personen schwer verletzt wurden. Die Polizei mußte strenge Sicherheitsmaßnahmen treffen, da die Agitation auf die eingetragene Bevölkerung übergriff, die sich an den Kundgebungen gegen die Juden beteiligte.

Amerika und Europa.

Eine Rundrede Houghtons.

London, 5. Mai. (M.B.) Der amerikanische Botschafter Houghton hielt gestern abend auf dem ihm zu Ehren gegebenen Dineressen eine Rede, in der er u. a. erklärte, die herzlichen Beziehungen zwischen den englisch sprechenden Völkern seien eine Garantie für eine bessere und glücklichere Welt. Das amerikanische Volk stehe dem Problem des Wiederaufbaues Europas in einem ähnlichen Geiste wie die Europäer gegenüber. Wenn der materielle Fortschritt bisher langsam vor sich gegangen sei, so könne man sich wenigstens doch dazu beglückwünschen, daß er sich mit Sicherheit vollziehen werde. Am letzten Jahre sei beispielsweise wirklich ein wesentlicher Fortschritt erreicht worden. Wenn auch die Desorganisation des internationalen Handels und der internationalen Märkte, die eine natürliche Folge des Krieges sei, noch immer bestünde, so habe sich doch auch hier eine entschiedene Besserung gezeigt. Immerhin sei auch das, was noch zu tun übrig bleibe, beinahe ebenso schwierig, wie das bisher vollbrachte. Vor allem gehöre dazu eine Verringerung der Geistesverfassung. Vertrauen sei das Bindemittel, das die Zivilisation zusammenhalte. Der Frieden könne nicht von außen, er müsse von innen kommen. Amerika kenne aus eigener Erfahrung die Folgen, die ein großer Krieg mit sich bringe, und diese Erfahrung habe es gelehrt, über die Folgen des Krieges in Europa Betrachtungen anzustellen, und zwar mit Anteilnahme und mit dem ehrlichen Wunsche, zu helfen. Natürlich seien die Amerikaner der Ansicht, daß diejenigen, die so sehr unter dem Kriege gelitten hätten, eine Regelung suchen müßten, die, soweit dies nur möglich sei, nicht Bedingungen enthalten dürfe, die direkt zum Kriege führten. Zu diesem Zwecke und in diesem Geiste habe Amerika geholfen. Der Botschafter fuhr fort: Aber wir haben niemals vergessen, daß es Grenzen gibt, über die wir nicht hinausgehen können. Das volle Maß der amerikanischen Hilfe kann nur verlangt werden, wenn das amerikanische Volk sicher ist, daß die Zeit der zerstörenden Methoden in der Politik vorüber ist, und daß die Zeit für einen friedlichen Aufbau gekommen ist. Das amerikanische Volk fragt sich, ob diese Zeit tatsächlich gekommen ist, und diese Frage kann es heute nicht beantworten. Die Antwort muß von den Völkern Europas kommen, die allein eine Entscheidung treffen können. Wenn die Antwort auf Frieden lautet, dann können Sie sicher sein, daß Amerika mit äußerster Großzügigkeit helfen wird. (Beifall.) Wenn aber diese Antwort weiterhin unklar und zweideutig ist, dann fürchte ich, daß die jetzt erfolgenden Hilfsmaßnahmen unvermeidlich auf-

hören müssen. Wir können nur denen Hilfe gewähren, die sich selbst zu helfen wissen. Indem wir so sprechen, denken wir nicht an eine bestimmte Nation, sondern an eine Lage, an welcher alle in gleicher Weise beteiligt sind.

London, 5. Mai. „Daily Telegraph“ bezeichnet in einem Leitartikel die gestrige Rede Houghtons auf dem Essen der Pilgrims-Gesellschaft als eine sorgfältig abgemessene, sehr bedeutsame Rundrede. Man müsse bedenken, sagt das Blatt, daß Houghton in Washington verschiedentlich mit Coolidge, dessen Vertreter er sei, konferiert habe. Es gebe keine Nation, die nicht an den Fragen interessiert sei, die der Botschafter in seiner Rede berührt habe.

„Times“ schreibt in einem Leitartikel, Houghtons Rede deute darauf hin, daß eine feste Grundlage für eine gemeinsame Anstrengung vorhanden sei. Amerika habe bereits einen endgültigen Anteil am europäischen Wiederaufbau übernommen und hierbei eng mit Großbritannien zusammengewirkt. Diese gemeinsame Bemühung habe während des letzten Jahres bestimmte Ergebnisse gezeigt, und der Fortschritt in der Richtung auf Erholung sei in Mitteleuropa und besonders in Deutschland beschleunigt worden.

Der rumänisch-deutsche Konflikt.

Rumänien lehnt einen englischen Schiedsspruch ab.

Bukarest, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Ministerrat hat beschlossen, den Antrag der deutschen Regierung, über den deutsch-rumänischen Konflikt einen englischen Schiedsspruch herbeizuführen, abzulehnen. Die Regierung will in einer Rote Deutschland einladen, auf einer Konferenz die Differenzen durch direkte Verhandlungen beizulegen.

Verschärfung der Kämpfe in Marokko.

Paris, 5. Mai. (M.B.) Havas meldet: Die von der spanischen Marokkoskonte eintreffenden Nachrichten bezeugen übereinstimmend, daß auf der Westfront Angriffe bevorstehen. Drei weitere Stämme, die bisher neutral geblieben seien, treffen militärische Vorbereitungen.

Englische Warnung an Bulgarien. Im Unterhause erklärte Chamberlain, die britische Regierung habe die bulgarische Regierung vor Unterdrückungsmaßnahmen gegen die verfassungsmäßige Opposition oder unentschiedenes Wiederergerung wegen des Bombenattentats gewarnt.

Sowjetrussische Sozialpolitik.

Arbeitslohn und Arbeitsleistung.

Von E. Schwarz.

Die Geschichte der Lohnentwicklung in Rußland zeigt ein bewegliches Bild. Die ersten 3 1/2 Jahre der kommunistischen Herrschaft — die Jahre des „reinen“ Kommunismus, der später als „Kriegskommunismus“ abgestuft wurde — waren Jahre einer ununterbrochenen Senkung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse. Im Jahre 1921 sah sich die kommunistische Partei gezwungen, den Rückzug anzutreten und zu der sogenannten „neuen Wirtschaftspolitik“ überzugehen. Seit Herbst 1921 beginnt auch der Aufstieg des Arbeitslohnes, der im Herbst 1924 seinen Höhepunkt erreichte.

Die Lohnentwicklung wird im Jahre 1924 durch die „Kampagne zur Hebung der Arbeitsleistung“ gewissermaßen durchkreuzt. Die Arbeitsleistung ist tatsächlich in Rußland in den Kriegs- und Nachkriegsjahren weit niedriger gewesen als es vor dem Kriege der Fall war. Die Hebung der Arbeitsleistung war daher und ist auch heute ein Gebot der Zeit. Jedoch die Art, wie man diese Aufgabe in Rußland zu lösen suchte, ist höchst merkwürdig. Auf dem Papier war man allerdings zu dem Jugeständnis bereit, daß neben der Hebung der Arbeitsintensität auch eine Reihe von technischen und organisatorischen Maßnahmen getroffen würden, die die Arbeitsleistung bei dem gleichen Energieaufwand der Arbeiter steigern sollten. Dies alles war aber nur Schall und Rauch. In Wirklichkeit wurde die Hebung der Arbeitsleistung ausschließlich durch Steigerung der Ausnutzung der Arbeitskraft ohne jegliche technische Verbesserung der Betriebe durchgeführt.

Die offizielle Statistik bringt folgende Zahlen über die Entwicklung der Arbeitsleistung im Jahre 1924. Die Bruttoproduktion in der gesamten Industrie pro Arbeitstag und Kopf des Arbeiters betrug (nach den Vorkriegspreisen der Waren berechnete):

Im ersten Quartal 1924	4 Rubel 66 Kop.
zweiten	5 „ 04
dritten	5 „ 28
Oktober	5 „ 59
November	6 „ 01
Dezember	6 „ 60

(„Ekon. Obozrenje“ März 1925, S. 202)

Der durchschnittliche tatsächliche Arbeitsverdienst des industriellen Arbeiters weist dagegen folgende Entwicklung auf:

Erstes Quartal 1924	36 Rubel 20 Kop. im Monat.
Zweites	36 „ 36
Drittes	39 „ 06
Oktober	42 „ 25
November	38 „ 54
Dezember	39 „ 71

(Ebenda, S. 207)

Für die späteren Monate liegen noch keine Zahlen vor, die gesamte Sowjetpresse betont aber ausdrücklich, daß an eine allgemeine Steigerung der Arbeitslöhne zurzeit nicht zu denken sei. Es ist daher anzunehmen, daß der durchschnittliche Arbeitsverdienst des russischen Industriearbeiters auch heute noch die Höhe von 40 Rubel im Monat, d. h. 9,23 Rubel oder 19,94 M. in der Woche nicht übersteigt. Wohl gemerkt: das ist nicht der durchschnittliche Tariflohn, sondern der tatsächliche Verdienst, der den Tariflohn — dank der weitgehenden Anwendung des Akkordsystems — ganz wesentlich übersteigt.

Die Tendenz zur Verbilligung der Produktion durch Steigerung der Arbeitsintensität und durch relative Verminderung der Ausgaben für Arbeitslöhne ist charakteristisch für die neueste Entwicklung in Rußland. In der Metallindustrie hat man für das Jahr 1924/25 (das Rechnungsjahr beginnt am 1. Oktober) ein Programm aufgestellt, das eine Steigerung der Produktion gegenüber dem Vorjahre um 50 Proz. vorsieht, aber gleichzeitig die Zahl der Arbeiter unverändert läßt. In der elektrotechnischen Industrie will man die Zahl der Arbeiter sogar verringern, die Produktion dagegen — für verschiedene Zweige der Industrie — um 24 bis 70 Proz. steigern; in der Wolllindustrie wird die Erhöhung der Produktion ausschließlich durch Steigerung der Arbeitsintensität geplant; in der Baumwollindustrie will man die Produktion um 35 Proz. die Zahl der Arbeiter aber nur um 13,5 Proz. erhöhen usw. („Trud“ vom 7. März.) Dies alles im großen und ganzen bei unveränderter Technik und ohne wesentliche Veränderung der inneren Organisation der Betriebe, mit Hilfe einer immer schärferen Anwendung des Akkordlohnsystems.

Der Abstand zwischen der Entwicklung der Arbeitsleistungen und den Löhnen hat mancherorts trasse Formen angenommen. Der Zentralverband der Bergarbeiter veröffentlichte einen eingehenden Bericht über die Entwicklung der Arbeitsleistungen und der Löhne im Donjehgebiet, dem wichtigsten Gebiet der russischen Bergindustrie. Die Förderung pro Schicht und Hauer erreichte hier im Juli 1924 175 Pud (1 Pud = 16 Kilogramm), im Oktober 183 Pud, im Dezember 197 Pud, der Arbeitsverdienst des Hainers pro Schicht im Juli 2,74 Rubel, im Oktober 2,43 Rubel, und im Dezember 2,20 Rubel. Die Förderung pro Schicht und Hauer ist demnach in 5 Monaten um 12,6 Proz. gesiegen, der Arbeitsverdienst des Hainers um 19,7 Proz. gefallen. Zugleich ist aber auch die Zahl der Hilfsarbeiter bedeutend vermindert worden, so daß die Steigerung der Monatsproduktion pro Arbeiter vom Juli bis Dezember insgesamt 24 Proz. beträgt, bei einer Senkung des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes eines Arbeiters um 14,1 Proz. („Trud“ vom 31. März.) Seht man das Verhältnis zwischen Arbeitslohn und Arbeitsleistung im Juli

gleich 100, so beträgt es im Dezember nur 69,3! Die Arbeitsleistung des Bauers hat im Dezember 1924 trotz wesentlicher Verschlechterung der Technik das Vorkriegsniveau sogar überschritten (die monatliche Förderung pro Bauer erreichte im Jahre 1914 3,363 Rub. im Dezember 1924 3,590 Rub.). Der Arbeitsverdienst des Bauers bleibt aber immer noch weit hinter seinem Vorkriegsverdienst zurück. Diese Zustände ließen sich schließlich nicht aufrechterhalten, und die Tariffähigkeit der Bergarbeiter des Donetzgebietes wurden ab 15. Januar um 6,3 Proz., ab 1. April um weitere 5,9 Proz. erhöht.

Kein Wunder, daß diese Steigerung der Arbeitsintensität durch eine raffinierte Ausbildung des Akkordlohnsystems, verbunden oft mit einer Senkung des Arbeitsverdienstes, eine erschreckende Zahl der Unfälle zur Folge hat. Auch dies ist ein charakteristischer Zug der neuesten Entwicklung in Rußland. Man verzeichnet eine bedrohliche Steigerung der Zahl der Unfälle nicht nur in der gottverlassenen Provinz, sondern auch in Moskau und Petersburg. So ist die Zahl der Unfälle in Moskau, nach den Angaben der Arbeitsinspektion, von jährlich 15 auf je 1000 Arbeiter in den Jahren 1914 bis 1917 auf 35 in 1919, auf 70 in 1920 und auf 108 (!) im Jahre 1923/24 gestiegen. („Pravda“ vom 11. Februar.) In Petersburg ist die Zahl der Unfälle im Jahre 1924 auf 10 000 gegenüber 4000 im Vorjahre gestiegen. („Trud“ vom 11. März.)

Die Versuche, Rußland als ein Land darzustellen, in dem die Interessen der Arbeiterschaft am besten gewahrt werden, zeigen wenig Verständnis für die wirklichen Verhältnisse in Rußland. Das deutsche Proletariat darf sich in seinem harten Kampfe um die Hebung seiner Lebenshaltung und um die Ausgestaltung und Stärkung seiner Organisation nicht durch kommunistische Märchen über das russische Paradies irreführen lassen.

Wer betrügt wen?

Ruth Fischer's Entlastungsoffensive.

In der „Roten Fahne“ legt Ruth Fischer ihren Lesern auseinander, daß die „Kompromisse“ und „Unterstützungsangebote“, mit denen sich die KPD. jetzt an die Sozialdemokratie heranzuschmeißen versucht, lediglich dem Zweck der „Entlastung“ dienen und daß es auf diese Weise gelingen müsse, die Arbeiter aus dieser „bürgerlichen Arbeiterpartei“ herauszubringen. Die arme Ruth hat es schwer. Sie steht jetzt selber im Verdacht des Opportunismus und muß ihr ganzes Schimpfregister gegen die Sozialdemokratie aufziehen, um sich wieder reinzuwaschen. Aber helfen wird es ihr nicht.

Als ein Symptom der inneren Auseinandersetzungen in der KPD-Zentrale sei ihr Artikel registriert. Sonst besteht zu einer Aussprache mit dieser glorreichen Strategin der „proletarischen Revolution“ und Vorkämpferin Hindenburgs kein Bedürfnis.

Wirth — Preyer.

Das Nachspiel in der Presse.

Der deutschnationale Steuerredner Dr. Preyer hat gestern im Reichstag eine sehr unglückliche Figur gespielt. Von Dr. Wirth wegen einer heimtückischen Verleumdung zur Rede gestellt, wußte er nichts anderes zu antworten als mit der kläglichen Ausrufung: „Der Fall sei damals eben noch nicht geklärt“ gewesen.

Von der deutschnationalen Presse zu verlangen, daß sie von den Methoden des Herrn Preyer öffentlich abrücken solle, wäre zuviel. Seine Methoden sind ja auch die ihren. Aber wenn sie über diese Affäre, die doch für ihre Partei äußerst blamabel gewesen ist, wenigstens den Mund gehalten hätte, so hätte man daraus immer noch auf einen kleinen Rest von Anstandsgefühl schließen können. Was soll man aber dazu sagen, wenn die „Deutsche Zeitung“ aus diesem Anlaß von einem „Mißbrauch der Einwirkung der persönlichen Bemerkungen“ — durch Dr. Wirth spricht, wenn sie den zu Unrecht Angegriffenen wegen seiner „sittlichen Entrüstung“ noch verhöhnt? Was soll man dazu sagen, wenn die „Kreuzzeitung“ — nachdem sie im Vorbeigehen den Ge-

nossen Dr. Herz einen „berüchtigten roten Heger“ genannt — ihren Lesern über den Zwischenfall Preyer-Wirth in folgender Form berichtet:

Bevor es zur Vertagung kam, brach Dr. Wirth einen kleinen Streit vom Zaune. Er, der politische Gegner in üblicher Weise anzujallen pflegte, fühlte sich durch eine Bemerkung verletzt, die Dr. Preyer in einer Studentenversammlung getan hat. Wie empfindungslos kann doch der Mann sein, für den der Feind noch immer rechts steht!

Dazu kann man doch nur sagen, daß ein Teil der deutschen Presse von Menschen gemacht wird, für die die Begriffe Wahrheit, Recht und Ehre einfach nicht existieren. Das sind Schädlinge ihres Berufs und Schädlinge der Nation.

Schutz den Pächtern!

Die Rechtsblöcker wollen ihn beseitigen.

Schon seit längerer Zeit leben die Pächter kleiner landwirtschaftlicher Grundstücke in Angst und Sorge, da die Rechtsparteien immer stärker für die Beseitigung der Pachtschutzordnung Stimmung machten. Nun hat der Unterausschuß des Reichstags für die Siedlungs- und Pachtsachen auf die Initiative der sozialdemokratischen und demokratischen Fraktion sich für die Verlängerung der Pachtschutzverordnung über den 30. September d. J. hinaus ausgesprochen und damit zunächst wenigstens den Pächtern einen Stein vom Herzen genommen. Der Abbau der Pachtschutzverordnung hätte für die kleinen Landwirte und Heuerleute geradezu eine Katastrophe bedeutet. Man muß sich vergegenwärtigen, daß von den 2 492 002 landwirtschaftlichen Betrieben bis zu 2 Hektar und den 2 071 816 Betrieben von 2 bis 20 Hektar je 50 Proz. Pachtland besitzen, dagegen von den 23 556 landwirtschaftlichen Betrieben über 100 Hektar nur 5156 Betriebe Pachtland haben. Wohl ist nun die Verlängerung der Pachtschutzverordnung, wenn es bei dem Beschluß des Unterausschusses bleibt, wenigstens bis zu einem gewissen Grade sichergestellt; allein was nottut, ist nicht eine Galgenfrist, sondern ein Befehlswort, der klare und sichere Verhältnisse auf weite Sicht bringt.

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags hat deshalb schon vor einiger Zeit den Antrag gestellt, daß Preußen bei der Reichsregierung auf die beschleunigte Einbringung eines Befehlsworts dringen soll, der den landwirtschaftlichen Pachtschutz endgültig durch ein unbefristet geltendes Gesetz regelt. Bis zum Erlaß eines derartigen Gesetzes müssen, um jegliche Unsicherheit in der Regelung der Pachtverhältnisse zu vermeiden, die jetzt geltenden Bestimmungen des Pachtschutzgesetzes in Kraft bleiben.

Im Laufe der letzten Jahre hat sich ferner deutlich gezeigt, daß auch die Kleinpächter landwirtschaftlichen Grundbesitzes des Schutzes bedürfen. Der Versuch, diesen Schutz reichsgesetzlich zu regeln, hat bis jetzt noch zu keinem Erfolge geführt. Da nun der § 8 der Kleingarten- und Kleinpachtverordnung der Landesregierung das Recht einräumt, bei landwirtschaftlicher Pacht bis 1/2 Hektar besondere Vorschriften zu erlassen, hat sich die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtags veranlaßt gesehen, in einem Antrag das Staatsministerium zu ersuchen, auf Grund des § 8 der Kleingarten- und Kleinpachtverordnung vom 31. Juli 1919 einen Befehlswort vorzulegen, wonach die §§ 1—7 des Gesetzes vom 31. Juli 1919 auch auf die Verpachtung von Grundstücken bis zu einem halben Hektar zur landwirtschaftlichen Nutzung anzuwenden sind.

Der gestürzte Halbgott.

Geldsuftritte gegen Trozki.

Die wüsten Angriffe, die in der westeuropäischen kommunistischen Presse gegen den gestürzten Trozki gerichtet werden, zeigen, wie wandelbar die Stimmung in den kommunistischen Kreisen gegenüber ihren Führern ist. Heute „Hosanna!“, morgen „Kreuziget ihn!“. Heute der Gipfel aller Weisheit und Führerkraft, morgen ein elender Trottel, der nur infolge eines Mißverständnisses den höchsten Führerposten einnahm. Dies ist so ungewöhnlich die Stellungnahme der kommunistischen Presse gegenüber Trozki. Doch den Höhepunkt dieser charakterlosen, unflätigen Polemik hat sicherlich der russische Kommunist B. Salukki in seiner letzten in

Petersburg erschienenen Broschüre „Ueber den heutigen Trozkiismus“ erreicht.

Das Hauptingredienz Trozki besteht nach der Auffassung des weisen Verfassers darin, daß er ein Europäer ist: „Trozki ist nicht einfach Europäer, sondern in dreifacher Rage, wenn nicht mehr. Er ist Europäer, weil er in seinem politischen Kampfe, ohne eine klare politische Linie zu haben, zu Intrigen greift, Klatsch, Gerüchte, diplomatische Hinterzüge als Grundlage seiner Politik nimmt und an die Stelle einer grundsätzlichen Klassenpolitik Follaserei und Intrigen setzt.“ (S. 9.) Aus welchem kommunistischen A-B-C-Buch hat Salukki eine so tiefergehende Definition des „Europäeriums“ geschöpft?

In seinem Bestreben, Trozki herabzusehen, geht der Verfasser so weit, daß er den bisherigen Führer der russischen kommunistischen Partei, dessen Bild bis vor kurzem neben dem Lenins in allen Sowjetbehörden hing, nicht anders tituliert als „langjähriger Geis“ (S. 28). „gerupptes Huhn“ (S. 17) usw. Er spricht Trozki nicht nur jede Führerqualität, sondern sogar jede Barmherzigkeit, Ehrlichkeit und Rechtfertigbarkeit ab. Selbst den bekannten Hochstaplertrug in Gogols Revue, Chistatow, stellt er höher als Trozki: „Armer Chistatow, — ruft er aus — weshalb betrödet man dich als ausgemachten Lügner, wenn Trozki dich in dieser Kunst fünfunddreißigtausendmal übertroffen hat.“ (S. 23.)

Selbst einige russische Kommunisten wenden sich, wenn auch schüchtern, und unter allerhand Vorbehalten gegen diese Methoden der „Polenik“. Einer der nächsten Mitarbeiter Trozki, Rastokifow, protestiert, allerdings unter dem Vorbehalt, daß er keineswegs ein Gegner des Kampfes gegen den Trozkiismus sei, gegen die Art und Weise, wie Salukki gegen Trozki polemisiert. Er habe, schreibt er, einen viel zu scharfen Ton angebracht, ohne seine Schlussfolgerungen mit Beweisen zu belegen. „Derartige Methoden seien direkt ekelhaft.“ („Pravda“, 12. April.)

Wir gewöhnlichen Sterblichen müssen freilich sagen, daß nicht nur die unflätigen Angriffe Salukki's, sondern die ganze moralische und politische Atmosphäre bei den Kommunisten „ekelhaft“ ist.

Neuer Terrorprozeß.

Gegen Kommunisten.

Leipzig, 5. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik begann am Montag unter dem Vorsitz des Reichsgerichtsrats Hepner ein neuer großer Kommunistenprozeß. Angeklagt sind der Reflektenschmied Ernst Chert und sechs seiner Genossen aus Hannover. Vor Beginn der Verhandlung lehnte der Angeklagte Schmidt den Vorsitzenden Hepner als befangen ab. Das Gericht wies aber den Ablehnungsantrag als unbegründet zurück. Die Angeklagten haben sich wegen Hochverrats, Beihilfe zum Hochverrat, sowie wegen Sprengstoffvergehens, schweren Raubes und Erpressung, schweren Diebstahls, Urkundenfälschung und Amtsannahme zu verantworten. Sie sollen in Hannover und Umgebung sich unbezahlt große Mengen Waffen, Sprengstoffe und Munition beschafft, Terror- und Partisanengruppen gebildet und Sprengstoffverbrechen vorbereitet haben, u. a. auch das Altentat am 21. Dezember 1923 auf das Regierungsgebäude in Hannover. Der eigentliche Täter ist bereits abgeurteilt. Die Verhandlung wird etwa 4 bis 5 Tage dauern.

Zurückhaltung der Börse.

In Reaktion auf die gestrige Abwärtstendenz eröffnete die Börse zwar auf einzelnen Märkten leicht beschäftigt, doch war das Geschäft auch heute außerordentlich gering. Anregungen von außerhalb fehlen vollständig. Auf der anderen Seite trägt auch die Fortdauer der Anspannung am Geldmarkt zur Zurückhaltung bei. Behäufig war es lediglich wieder am Rentenmarkt, wo neben Kriegsanleihe auch wieder Konsols stärker umgesetzt wurden. 3 1/2 Proz. Konsols hörte man mit 0,63, Kriegsanleihe mit 0,5875, 2 1/2 K-Schätze fast umfahlos 0,52, Schutzgebietenleihe 4,10. Auch heute blieb das Interesse für Hochbahnaktien recht reger. Doch hielt sich die Kursgestaltung zunächst etwa auf gestrigem Niveau. Am Geldmarkt notierte tägliches Geld auf etwa 9—10% und auch darüber. Monatsgeld 9%—11% Proz. Am internationalen Devisenmarkt hat sich das Pfund erneut befestigt. Aus London wird der Dollar mit 4,85%, der französische Franken mit 92,60, die Mark mit 20,37 genannt. Die Marknotizen im übrigen Ausland sind wenig verändert.

Der alte Kirschbaum.

Von B. W. e.

Gerade mir gegenüber, zwischen zwei hohen, schon recht baufälligen Häusern, steht ein alter Kirschbaum. Ich kenne ihn schon seit Jahren und liebe ihn. Und — aber das ist etwas anderes!

Zuerst freilich, da ich seine Bekanntheit machte, trug ich Trauer um ihn, daß er so zwischen den Steinwänden der Großstadt ein einsames Leben führen mußte. Daß er nicht gleich seinen Brüdern die Randstraße in Sturm und Sonne über die Felder führen konnte. Auch seine Gestalt war nicht eben schön; hatte doch die Krone vom dauernden Drang zum Licht eine etwas langgezogene Form angenommen, daß der Baum fast einer Pappel glich.

Aber als im folgenden Jahr im Winterausgang einige vorzügliche Anlein von den Giebeln der Häuser dem halbtägigen Frühling plauschten, als schon recht warme Sonnenstrahlen durch die Straßen brachen, draußen vor der Stadt aber erst alles den Staub des Winterchlages abzuströmen begann und sich eines Tages der alte Geselle mit Tausenden weißer Blüten bedeckt hatte: da war meine Trauer dahin, und etwas wie ein sanfter Reiz kam mir auf. Ich sah die Häuser, süß geblendet, auf einmal weniger grau und häßlich, ja, über ihre alten zerfurchten Gesichter huschte sogar ein stolzes Lächeln ob des Wunders, das sich so zwischen ihnen und mit ihrer Hilfe — denn sie schützten den Baum vor den kalten Nordwinden! — begab.

Und auch einsam war er nicht. Ich sah die Menschen, die stehenblieben und über dem Anblick des frühen Straußes ihre großen und kleinen Sorgen vergaßen, ihrer Müdigkeit und ihren Kummer. Sah sie für Augenblicke ein stiller Stern im Hofen und Drängen, im verträumten Auf und Ab um des Daseins nachsteife Notdurft feiern. Eine kleine Gottesstunde seligster Selbstlösung, ein heiliges Erschauern vor dem Mysterium des Immer-wieder-Blühens, vor dem großen Geheimnis der Natur geschah ihnen, ein Gefühl großer Zusammengehörigkeit, Verbundenheit mit dem All überflutete sie. Und leichter und gehobener gingen sie davon, von der stummen Sprache eines blühenden Baumes wunderbar berauscht und befelegt.

Alljährlich blühte der Baum wieder, immer sich schöner, verklärter in seiner Mission gehend, immer vollendeter Symbol des Unendlichen, der Liebe werdend — ach, um wieviel ärmer sind wir doch als er, um wieviel geringer, da unser Leben noch hoch ist statt Liebe, Ausbeutung statt Hingabe, Egoismus statt Opferung! Da es ohne den einzig beglückenden Gewinn eines Lächelns im Anblick unseres Nächsten auf den eiten Rändern der Selbsttäuschung dahinschwimmt — und ach, wie arm bin ich selber! — und deshalb beneide ich den Baum sanften Herzens und liebe ihn —

Fast moralischer Ehebruchswahn. Mit dem demokratischen Gedanken in der Welt hapert es noch ein bißchen, aber mit der Moral scheint es wenigstens feste Bergauf zu gehen. Der Franzose Felsig Gandra schreibt einen richtigen Ehebruchswahn mit beinahe eifrigem Hintergrund. Der Ehebruch wird erstens für einen wohltätigen Zweck, zweitens in halblegitimer Form vollführt. In den „Beiden Herren der gnädigen Frau“ verheimlicht die gute Gattin ihrer reichen Tante die Tatsache der stattgehabten Scheidung und Wiederverheiratung, um für den nunmehrigen zweiten Mann erbetene 500 000 Francs zu ergattern. Als die Tante kommt, ist der erste Mann auch da. Die Komödie muß weiter gespielt werden, sonst ist das schöne Geld plüsch. Der A sagt, muß auch Bett sagen. Ehebruch mit dem ersten Gatten. Von der ahnungslosen Tante erzwungen. Ein ganz netter Einakter mit Verwechslungsmotiv vom Verfasser in drei Akte ausgemalt. Der Regisseur der Tribüne John Gottowit tat nichts, die drohende Langeweile mit wirbelndem Tempo zu dämmen. Max Landa versuchte sich mit Erfolg auf einem für ihn neuen Gebiet. Er gab den zweiten, den betrogenen Gatten als verknäuelten Bedanten, ein wenig zu viel aufgetragen, aber wirksam. Arthur Schröder war in der Rolle des ersten Mannes der richtige Schereneröner und Herzensrunder und Ludmilla Hell, die statt „Kontrolle“ und „Lante“, „Gandrädel“ und „Donteh“ spricht, gab die gute Gattin.

Die Expedition Amundsens landete dem Naisländer „Popolo d'Alitalia“ einen Frachtpack aus Ringsbau, wonach beide Flugzeuge vollständig montiert und für den Nordpolflug bereitstehen. Da die Meteorologen günstiges Wetter ankündigen, verlassen die beiden Schiffe „Frau“ und „Hobby“ heute die Insel Spitzbergen in nördlicher Richtung, um einen passenden Landungsplatz für die Flugzeuge zu finden, von dem sie dann zum endgültigen Fluge aufsteigen können. Dieser Platz wird am Eisrand oder am Eisfjord gesucht werden. Die vollständig ausgerüsteten und für das Unternehmen bereitstehenden Flugzeuge werden den Schiffen folgen, sobald sie die funktentelegraphische Mitteilung erhalten haben, daß eine geeignete Stelle für die Zwischenlandung und den endgültigen Aufstieg gefunden wurde. Wenn kein weiterer Zwischenfall eintritt, kann mit dem endgültigen Aufstieg am Mittwoch gerechnet werden.

Giftgas als Hentersmittel. Der amerikanische Bundesstaat Nevada hat beschlossen, im Interesse der Menschlichkeit die Todesstrafe durch Anwendung von Giftgasen vollstrecken zu lassen. Nach den amerikanischen Gesetzen muß die Todesstrafe innerhalb von fünf Tagen nach erfolgter Urteilsfällung vollzogen werden. Aber erst im letzten Augenblick wird dem Verurteilten sein Schicksal verkündet. Nach dem neuen System des Strafvollzuges bleibt er indessen über sein Schicksal überhaupt im unklaren, da das tödliche Gas durch eine besondere Vorrichtung, während er schläft, in seine Zelle eingeführt wird. Auf diese Weise wurde im vergangenen Jahre in San Francisco bereits ein chinesischer Mörder getötet. Schon damals erlief die Presse und die öffentliche Meinung gegen die neue Form des Strafvollzuges Einwendungen, und diese werden jetzt mit dem Hinweis wiederholt, daß die Angst und die Ungewißheit, in der sich der Verurteilte befindet, und die ihn nicht

zum Schlaf kommen lassen, aus Furcht, nicht wieder zu erwachen, ungleich grausamer ist als das bisher übliche Verfahren.

Der seltenste Bär. Wie durch das Einfangen eines Bärenjungens kürzlich eine seit langem bestehende Streitfrage der Zoologie beantwortet wurde, das erzählt Francis Dixie in seinem Buch „Amerikanische Wälder und Waldleben“. Vor etwa 20 Jahren kam die Kunde, daß eine sehr seltene Art weißer Bären auf zwei kleinen Inseln in der Nähe von Prince Rupert an der Küste von British-Kolumbien beobachtet worden sei. Man wußte nun nicht, ob es sich dabei nur um eine Albinoform des Polarbären handelte, die nichts Ungewöhnliches gewesen wäre, oder um eine ganz neue Art. Im vergangenen September landeten nun zwei Indianer an den unbewohnten Küsten einer dieser Inseln auf der Suche nach den Bären und fanden eine Bärenmutter mit zwei Jungen, von denen sie eines lebendig fingen. Das Bärenjunges wurde glücklich nach dem Museum von Victoria in British-Kolumbien gebracht. Das erste, was der Direktor des Museums, Francis Kermode, tat, als ihm das Bärenjunges gebracht wurde, war, daß er den Kopf des kleinen Tieres dem Sonnenlicht zuzuwendete. Als er dem Bären in die Augen schaute, erkannte er, daß es durchaus kein Albino war, denn die Augen waren deutlich braun. Es handelt sich also nicht um einen Polarbären, sondern um eine neue Bärenart, die den Namen Ursus Kermodei erhielt. Felle dieser weißen Bärenart waren schon früher auf dem Pelzmarkt gehandelt worden, und der Direktor des New Yorker Zoologischen Gartens, Dr. W. T. Hornaday, hatte an gewissen Merkmalen der Felle festgestellt, daß sie nicht von dem gewöhnlichen Polarbären stammten. Aber ein Beweis für die neue Art, deren Vertreter die seltensten Bären der Welt sind, ist erst jetzt durch das lebendig gefangene Junge erbracht worden. Diese Bären sind kleiner als der Polarbär und auch viel kleiner als der gewöhnliche schwarze Bär; die Zähne unterscheiden sich bedeutend von denen des Polarbären und die Ohren sind kleiner.

Jugendlichen des österreichischen Hilfsvereins beurlaubt die Stadt- und Amtshandlung Leuzn. Volla in ihren Räumen unter dem Protektorat des österreichischen Gesandten Dr. Riebl einen Vortragsabend am Dienstag, den 12. abends 8 Uhr. Dr. Erich Portner wird lesen. Eintrittskarten zu Bl. 10.—, 5.— und 3.— durch Leuzn u. Pollack, Reimselstraße 1 (Bismard 4662) erhältlich.

Im Festung-Museum findet Donnerstag, 8. Uhr, ein Heinrich-Heine-Koncert statt. Jacques Burg regiert die Vorträge, die er früher im Hoftheater vortrug. Zur Nachfeier von Paul Erdels 60. Geburtstag kommt seine Komposition der „Waldfahrt nach Kienner“ zur Aufführung. Abends, am 8. Uhr abends, spricht Stadtbaumeister Hr. Resinger über das Thema: „Was können wir von Amerika und England in bezug auf industrielle Gaswerkstätten lernen?“

Erdbebenmeldung. Die Erdbebenworte von Koenigs hat in der Nacht zu Montag ein heftiges Fernbeben verzeichnet, dessen Herd in einer Entfernung von 10 000 Kilometern liegt.

Vorträge. In der „Volkskulturellen Gesellschaft“ spricht Donnerstag 8 Uhr im Rittersaalgebäude Köthener Str. 28 Prof. Riebelmann über: „Technik in Amerika und in Deutschland“ mit zahlreichen Lichtbildern. Gäste willkommen.

Die Denkschrift über die Gabelsturzschiff ist jetzt dem Reichstag zugegangen. Die Denkschrift ist vom Staatsrechtler Genossen Schulz unterzeichnet und bringt einen genauen Überblick über die von 1807 bis 1884 im Reichstagsministerium festgehaltenen Verhandlungen.

Landtagswahl in Oldenburg.

Das reaktionäre Beamtenkabinet.

Aus Oldenburg wird uns geschrieben:
Am 24. Mai finden im Freistaat Oldenburg die Wahlen zum Landtag statt. Die Wahlen wurden bekanntlich notwendig durch das Borgehen der Beamtenregierung, die, weil ihr die Mehrheit des Landtags das Vertrauen verweigerte, zur Auflösung des Parlaments schritt. Die aus Sozialdemokraten, Demokraten und dem Zentrum bestehende Mehrheit hatte zwar den Staatsgerichtshof des Landes zur Entscheidung in der Frage der Rechtmäßigkeit der Auflösung angerufen, doch ist diese Entscheidung, wie vorauszu sehen war, zugunsten der Regierung erfolgt. Die Wahlen finden also statt.

Die Situation, wie sie sich in Oldenburg nach und nach entwickelt hat, steht in der deutschen Parlamentsgeschichte wohl einzig da. Als vor zwei Jahren die Mehrheit des Landtags auf Neuwahlen drängte, glaubte die damalige parlamentarische Regierung die Ausschreibung der Wahlen nicht verantworten zu können wegen der durch die Franzosen erfolgten Besetzung des zu Oldenburg gehörenden Landesteils Birkenfeld. Sie trat deshalb zurück und überließ den Parteien die Einsetzung einer aus drei höheren Beamten bestehenden Regierung. Diese erfolgte in der Voraussetzung, daß nach den Wahlen sofort wieder eine aus Parlamentariern bestehende Regierung gebildet werden sollte. Indes nach erfolgten Wahlen zeigte die Zentrumsfraktion für die Weimarer Koalition, die vorher die Regierung gebildet hatte, keine rechte Lust mehr; sie gab sich alle Mühe, unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei eine „große Koalition“ zustande zu bringen, was von der Volkspartei teils mit verdecktem Hinhalten, teils gar mit offenem Hohn beantwortet wurde. Dem dringenden Ersuchen unserer Fraktion, angesichts des beherrschenden Verhaltens der Volksparteier doch endlich mit uns und den Demokraten zusammen die frühere tragfähige und auch um das Wohl des Landes sehr verdiente Regierungsgemeinschaft wieder herzustellen, wich das Zentrum unter nichtsfagender Begründung regelmäßig aus. So schleifte der unbefriedigende, den parlamentarischen Gedanken diskreditierende Zustand über ein Jahr lang hin.

Aus kam etwas, was man als die Rute für dieses Verhalten ansehen kann. Die durch den Landtag eingesetzte Beamtenregierung erklärte plötzlich in einem Schreiben an die Fraktionsführer, daß sie angesichts der fortwährenden ergebnislosen Verhandlungen der Parteien fortan ihre Stellung anders auffasse als bisher. Ihre frühere Erklärung, sofort zurückzutreten, sobald eine Landtagsmehrheit das fordere, habe jetzt ihre Gültigkeit verloren!

Dieses Pronunziamento wurde mit der Ungunst des Schmebezustandes begründet, in Wirklichkeit steckte dahinter die beiden Rechtsparteien, die mit dem Beamtenkabinet recht gut zufrieden waren. Auf Protest der Mehrheitsparteien hin gab die Regierung wohl klein bei, jedoch der unbefriedigende Zustand war nicht behoben. Die Koalitionsverhandlungen gingen weiter; resultatlos. Bis dann vor zwei Monaten Zentrum und Demokraten erklärten, sie wollten ohne die Sozialdemokraten, aber mit deren stillschweigender Unterstützung ein parlamentarisches Kabinet bilden.

Als die Vertreter des Zentrums und der Demokraten beim Ministerium vorstellig wurden und dessen Rücktritt forderten, wurde ihnen erklärt, daß es gar nicht daran denke, ihnen Platz zu machen. So kam nun der Konflikt vor den Landtag, der dem Ministerium das Vertrauen verweigerte. Nur die beiden Rechtsparteien sekundierten der Regierung. Daraufhin löste das Beamtenministerium den Landtag auf mit der Folge der Neuwahlen am 24. Mai. Der für solche Zwecke vorgesehene, zur Hälfte aus Parlamentariern besetzte Gerichtshof gab ihr recht.

Der ganze Vorgang sollte für die Parlamente eine ernste Lehre und Warnung sein. Zumindest eine Warnung vor einem vorübergehend eingesetzten Beamtenministerium. In Oldenburg hat das Verhalten des Zentrums und der Demokraten zumege gebracht, daß diese beiden Parteien durch die von ihnen eingesetzte Regierung einfach wie Schuljungen behandelt wurden. Sie hatten infolge ihrer Mandatsziffer zusammen mit der Sozialdemokratie die Möglichkeit, die Ministerien zu besetzen.

Bei den kommenden Wahlen wird ein scharfer Kampf entbrennen. Deutschvolksparteier und Deutschnationale haben sich für diesen Zweck zu einem „Landesblock“ zusammengeschlossen, der nach dem Vorbild der Hindenburg-Wahl den Kampf gegen links führen soll. In diesem Sinne ist auch ihr erster Aufruf gehalten. Auf der Seite der Befreiungsparteien kann von einem „Block“ natürlich keine Rede sein; die Parteien marschieren hier getrennt. Unsere Genossen haben ihre Kandidaten nominiert, an der Spitze steht wieder der alte Genosse Paul Hug, der bisherige Präsident des Landtages. Bei einem restlosen Einsetzen aller Kräfte steht zu hoffen, daß unsere Partei gut abschnidet und daß auch die alte Weimarer Koalition die Mehrheit gegen rechts behauptet.

Eine dreiste Verdrehung.

Aus dem deutschnationalen Lügenblock.

Ueber die Beurteilung des Direktors der Wiener Arbeiter-Werke wegen Preistreiberei und Wuchers berichtet die „Deutsche Zeitung“ unter dem Titel „Sozialdemokratischer Brotwucher“ und schwängt ihren Lesern folgendes vor:

„Die Arbeiter-Brotwerke sind bekanntlich eine sozialdemokratische Gründung und standen unter roter Leitung.“

Wie jedermann weiß, waren nicht die Arbeiter, sondern die Wiener Hammer-Brotwerke bis vor kurzem genossenschaftliches Eigentum der Wiener Arbeiterklasse. Die Arbeiter-Brotwerke dagegen waren die privatkapitalistische Konkurrenz des Arbeiterunternehmens. Durch ihre unredlichen und spekulativen Konkurrenzmanöver war die Wiener Genossenschaftsbewegung schließlich gezwungen, die Besitzmehrheit der Hammer-Brotwerke gleichfalls privatkapitalistischen Händen zu überlassen. Daß die „Deutsche Zeitung“ ausgerechnet den scharfsten privatkapitalistischen Konkurrenzbetrieb eines Arbeiterunternehmens zu einer „sozialdemokratischen Gründung“ stempelt und daraus den Vorwurf „sozialdemokratischer Brotwuchers“ erhebt, ist charakteristisch für die Lügenmethoden der deutschnationalen Agitation.

Im Reichstage ist ein von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten unterzeichneter Gesetzentwurf über das bisher nicht geregelte Ruhegehalt der Witwe des Reichspräsidenten eingegangen. Danach soll folgendes bestimmt werden: Stirbt der Reichspräsident im Dienste oder während der Zeit, in der die ihm nach diesem Gesetze zustehenden Bezüge gewährt werden, so wird seiner Witwe ein Witwengehalt in Höhe der Hälfte des Ehrensoldes des Reichspräsidenten, seinen ehelichen oder legitimeren Kindern das sich daraus nach den Sätzen des Beamtenhinterlassenenengesetzes ergebende Wittengeld gewährt. Zu dem Witwen- und Wittengeld treten die jeweils den Beamtenhinterlassenen zustehenden Kinder- und Leuteningszuschläge. Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1925 in Kraft.

Aus preußischen Untersuchungsgefängnissen.

Kriminalbeamte als Krankenschwäger.

Wie bekannt, befinden sich die Untersuchungsgefängnisse Barmat und Kautischer gegenwärtig in der Charité, da ihr Befinden eine Ueberführung in das Krankenhaus notwendig machte. Die Direktion des Untersuchungsgefängnisses hatte den Gefangenen Beamte mitgegeben, die schon seit längerer Zeit Barmat und Kautischer pflegten und den Gesundheitszustand der Patienten genau kannten. Die Beamten, ausgebildete Pfleger, haben die Aufgabe, eine Flucht der ihnen anvertrauten Kranken zu verhindern. Gestern erschienen nun in der Charité drei Kriminalbeamte, die sich bei dem diensttuenden Arzt meldeten und erklärten, sie seien von dem Direktor des Untersuchungsgefängnisses gelandt, um die Pflegebeamten abzulösen und Kautischer zu überwachen.

Als die Pflegebeamten die Zelle Kautischer betraten, kam es zu sehr erregten Ausbrüchen, da Kautischer darauf bestand, daß seine Pfleger aus dem Untersuchungsgefängnis bei ihm blieben. Er begründete diese Forderung damit, daß Kriminalbeamte unmöglich die Anordnungen der Ärzte so ausführen könnten, wie vorgebildete Krankenschwäger. Die Kriminalbeamten bestanden jedoch darauf, daß sie die Ablösung vorzunehmen hätten, trotz des Einspruchs des Chefarztes der Charité. Der zufällig im Krankenhaus anwesende Verteidiger Kautischer, R.-A. Dr. Käßel, verlangte von den Pflegebeamten nun die Vorlegung einer schriftlichen Vollmacht, die sie vom Direktor des Untersuchungsgefängnisses zur Ablösung der Krankenschwäger haben müßten. Zunächst verweigerten die Kriminalbeamten jede Auskunft. Man verständigte daher den Direktor des Untersuchungsgefängnisses und dieser begab sich nach der Charité. Es stellte sich nun heraus, daß die Kriminalbeamten überhaupt keinen Auftrag vom Direktor des Untersuchungsgefängnisses hatten, sondern daß ihnen vom Untersuchungsrichter mündlich die Anweisung gegeben war, die Krankenschwäger abzulösen. Daraufhin ordneten die Ärzte der Charité an, daß Kautischer, der bekanntlich jetzt einen Schlaganfall erlitten hat, nach wie vor von den Pflegern des Untersuchungsgefängnisses überwacht werde, und verweigerten den Kriminalbeamten den Zutritt zum Krankenzimmer.

Diese etwas merkwürdigen Vorgänge werden ebenso wie die Ursachen, die zum Tode Dr. Höfles führten, am Freitagabend die „Strafrechtliche Vereinigung der Berliner Anwälte“ sehr ausführlich besprechen.

Radio im Gefängnis.

Auch das Kammergericht hat nunmehr die Haftbeschwerden der beiden Söhne Kautischer endgültig zurückgewiesen, so daß diese damit rechnen müssen, noch bis zu der Ende Juni stattfindenden Hauptverhandlung in Haft zu bleiben. Aus diesem Grunde haben sie beantragt, die Begabung einer Radiodielektroenanlage in ihren Zellen zu gestatten, da die Jenseitigkeit ohne weiteres als Antenne verwendbar sein würden und es weiterer Vorrichtungen nicht bedürfte. Nach eingehender Prüfung hat der Leiter des Moabit-Untersuchungsgefängnisses, Oberstaatsanwalt Direktor Bull, den Antrag mit der Begründung abgelehnt, daß die Anlage einer Radioanlage in einer Gefängniszelle nicht mit denjenigen Anordnungen vereinbar sei, welche zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Gefängnis notwendig wäre. Der Untersuchungsrichter Dr. Schneider hat sich diesem Standpunkt angeschlossen. Im Hinblick auf die außerordentlich prinzipielle Bedeutung dieses ablehnenden Beschlusses hat Rechtsanwalt Dr. Herbert Fuchs hiergegen Beschwerde bei dem Präsidenten des Strafvollzugsamtes eingelegt und darauf hingewiesen, daß in zahlreichen anderen Ländern den Untersuchungsgefängnissen die Vergünstigung des Radio bereits seit langem ohne jeden Schaden für den Untersuchungszweck gewährt wurde.

Hungerstreik in Jegel.

Am 1. Mai sind etwa 20 Kommunisten, die sich in dem vom Staatsgerichtshof geführten Ermittlungsverfahren gegen Bald und Gehlens seit dem 31. Oktober v. J. im Moabit-Untersuchungsgefängnis befinden, in einen Hungerstreik getreten und verweigern seit diesem Tage die Aufnahme jeder Nahrung. Die Verhaftung am 31. Oktober erfolgte, weil die Polizei glaubte, in etwa 40 Personen die Leiter und Führer des militärisch organisierten Kommunisten-Ordnungsdienstes gefast zu haben. Es befinden sich gegenwärtig nach 32 Personen in Haft. Die Angeklagten beschwerten sich über die Härte des Untersuchungsverfahrens und sind der Meinung, daß die Ermittlungen der an sich einfachen Sache ungebührlich in die Länge gezogen werde. Die Hauptschuld schreiben sie dem Umstand zu, daß der Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Bogt, durch den Tscheka-Prozess 10 Wochen in Leipzig festgehalten worden war, so daß der Fortgang der Untersuchung gehemmt worden ist. Die Untersuchungsbehörde bestreitet das allerdings und behauptet, daß auch in dieser Zeit durch einen Vertreter die Ermittlungen ihren Fortgang genommen hätten. Außerdem klagen die Angeklagten über schlechte Kost im Untersuchungsgefängnis. R.-A. Dr. K. Rosenfeld hat von der Gefängnisverwaltung die Zulage erhalten, daß den Gefangenen eine Besserung in der Kost gewährt werde und versucht nunmehr die Hungerstreikenden von ihrem Vorhaben abzubringen.

Ungeklärte Todesfälle.

Zu dem Tode des Kaufmanns Bahsches wird mitgeteilt, daß nach dem bisherigen Ergebnis der Ermittlungen höchst wahrscheinlich kein Verbrechen vorliegt. Die Beamten fanden die Tür von innen verschlossen und den Schlüssel stecken, so daß sie sich mit Gewalt Eingang verschaffen mußten. Auch die Fenster waren geschlossen. Bahsches hat als Vertreter einer Münchener Brauerei einst bessere Tage gesehen. Nachdem er hier entlassen worden war, fand er eine Stellung als Buchhalter. Sein Gehalt war aber so knapp, daß er sich durch Ausschleife in der Gastwirtschaft in Schönenhausen einen Nebenberuf verschaffen mußte. Dort war er zuletzt am Sonntag vor 8 Tagen tätig. Am vergangenen Sonntag wollte er wieder kommen, blieb jedoch aus. In seinem Wohnhause wurde er zuletzt am Mittwoch gesehen. Wo er sich bis dahin aufgehalten und was er unterdessen getrieben hat, verjagt die Kriminalpolizei noch aufzuklären. Ein weiterer Leichenfund am „Prinzengarten“ ist ebenfalls noch nicht weiter aufgeklärt. Eine Leiche, die dort aus dem Rüggelesee gelandet wurde, konnte noch nicht festgestellt werden. Verletzungen an der Leiche rühren wahrscheinlich von Dampferkrahnen oder Bootshaken her. Die Leiche wird noch untersucht und fotografiert werden.

Republikanischer Frühling im Thüringer Wald.

Bei schönstem Frühlingssonnenschein fand in Bad Jena, neu ein von der dortigen Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstalteter Republikanischer Tag statt, an dem zahlreiche Gäste aus allen Teilen Thüringens teilnahmen; sie trafen bereits am Sonnabend im reich mit Orkanden und den Reichsflaggen geschmückten Jena ein. Abends bewegte sich ein endloser Fackelzug durch das freundliche Goethe-Städtchen, in dem jeder dritte Passant, ob Mann oder Frau, ein republikanisches Abzeichen trägt. Anschließend verjagte man sich zu einer Abendfeier im Saale des „Festentellers“. Schon um 6 Uhr früh erfolgte das Beden, um 10 Uhr eine Morgenfeier auf dem Marktplatz, von der städtischen Kapelle und dem Jenaer Volkssport ausgeführt. Der Höhepunkt der imponierenden Kundgebung war die Weihe des Banners durch Oberst Vange, Berlin, der der gefallenen Kameraden gedachte und das Trauergebet für die Republik ablegte; sein Hoch auf diese fand ein begeistertes Echo. Nach der erhebenden Feier zog das Reichsbanner mit wehenden Fahnen durch die ganze Stadt. Tausende von Menschen füllten Marktplatz und Straßen. Die wohlgeleitete Veranstaltung hat bewiesen, wie sehr man fern ab vom Getriebe der Großstadt republikanisch denkt und fühlt.

Die fliegende Reichsregierung.

Der Zentralfugplatz Tempelhofer Feld war heute vor mittig in fieberhafter Bewegung. Schutzpolizei, kampfwütige Photographen mit gezieltem Kodak, Neugierige, Presseleute, alles eingekesselt auf den Konzentrationspunkt: Senalation! Denn etwas höchst Offizielles sollte vor sich gehen. Die Reichsregierung fliegt — und zwar mit einem Großflugzeug der Dessauer Junkers-Werke nach München. Um 10 Uhr fuhr der Reichspräsident Dr. Luther vor, liehlich lächelnd, eine zarte Wienphysiognomie. Nachher kamen sie alle, Dr. Krone, seines Zeichens Reichsverkehrsminister, Herr Balltraf, die zylinderhütige Erzherzogin Grof Verdenfeld und viele andere. Bemerkenswert sei, daß auch Reichspräsident Gen. Löbe als Repräsentant des deutschen Parlaments mitfährt. Die Pressephotographen gerieten in Ekstase, und — siehe da — mer kann solcher Verbund widerstehen? Regierungs-Luther entleertete noch einmal behenden Fühles auf ebene Erde, und nur wird man ihn wohl in den heutigen Abendblättern milde lächeln sehen. Punkt 10 Uhr ging es los. Lächerlichkeiten. Winken... Um 2 Uhr heißt man schon in München und zur Einweihung des Deutschen Museums bereit zu sein.

Sportübung und Gesundheitspflege.

Der Sport ist längst auch in Deutschland zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden. Sportliche Veranstaltungen finden Beachtung in weitesten Kreisen der Bevölkerung, und immer größer wird die Schar derjenigen, die selber Sport treiben. Angesichts dieser Entwicklung hält die Ärzteschaft es für geboten, den Sport unter geregelte ärztliche Ueberwachung zu stellen und ihm ärztliche Förderung zuteil werden zu lassen. Zu diesem Zweck ist im Sommer 1924 ein „Deutscher Ärztebund zur Förderung der Leibesübungen“ gegründet worden, der sich über das ganze Reich erstreckt. Er will die sporttreibenden Vereine und sportfördernden Behörden in Fragen der Gesundheitspflege mit Rat unterstützen und dafür sorgen, daß den Vereinen besondere mit Fachkenntnissen ausgerüstete Sportärzte zur Verfügung stehen. Aus der wissenschaftlichen Bewertung der von den Ärzten durch regelmäßige Untersuchungen der Sportler gewonnenen Ergebnisse wird eine weitere Förderung des Sports erwartet.

Am Montag wurde in Berlin vom „Deutschen Ärztebund zur Förderung der Leibesübungen“ in einer stark besuchten Versammlung sportliebender und sporttreibender Ärzte eine Ortsgruppe Berlin gegründet, die zu ihrem ersten Vorsitzenden den jetzigen Stadtmedizinalrat Prof. Dr. von Drigalski wählte. Ein Vortrag von Dr. Kohrausch über die dringendsten Forderungen auf sportphysiologischem Gebiet erörterte die Art der geplanten ärztlichen Untersuchungen von Sporttreibenden. Man will Augenblicke mindestens zweimal im Jahre, Erwachsene mindestens einmal im Jahre untersuchen. Wichtig sind besonders die Untersuchungen im Training, die mindestens alle vier Wochen einmal stattfinden sollen, um einer Gesundheitschädigung vorzubeugen. Die Sportärzte müssen eigene Kenntnisse des Turn- und Sportwesens haben, müssen daher eine mindestens halbjährige aktive Mitgliedschaft in einem der einer Spigenorganisation angeschlossenen Turn- oder Sportvereine und hinreichende Vertrautheit mit dem sportlichen Vereinsleben und dem Wettkampfwesen nachweisen können. Die Untersuchungen ermöglichen, Körperfehler rechtzeitig zu bemerken (z. B. Herzleiden, Lungenleiden), so daß Schädigungen sich verhüten lassen. Bei Jugendlichen wird der Sportarzt mit seinem Rat auf gleichmäßige Ausbildung des Körpers hinwirken und danach für den einzelnen die geeignetste Sportart angeben können. Der Ärztebund will Listen der Ärzte, die er nach ihrer Vorbildung als Sportärzte empfehlen zu dürfen meint, den Sportvereinen zugänglich machen.

In der Ärzteeversammlung ergab die an den Vortrag sich knüpfende Belpredung volle Uebereinstimmung über die Grundfragen, über Notwendigkeit und Art der sportärztlichen Beratung und Untersuchung. Kleine Meinungsverschiedenheiten zeigten sich nur bei der Frage, ob die Sportärzte ehrenamtlich oder gegen Bezahlung arbeiten sollen. Die „Landesorganisationen“ der Ärzte dringen darauf, daß die Sportärzte bezahlt werden müssen. Diesen Standpunkt nahm auch die Mehrheit der Versammlung ein.

Ein Sechzigjähriger, Genosse Max Belzmann, Solmsstraße 24, vollendet heute sein 60. Lebensjahr. Seit Oktober 1889, also fast 36 Jahre, gehört er der SPD an. Nach dem ist er für die Partei als Gruppenleiter der 6. Gruppe in der 41. Abteilung und als Anzeigen-Buchhalter im „Vorwärts“ tätig.

Schiffskatastrophe auf der Nordsee.

Amsterdam, 5. Mai. (W.T.B.) Wie aus Delfzijl gemeldet wird, traf gestern vormittag der auf der Fahrt von Hamburg nach Groningen befindliche Groninger Dampfer „Bruno“ in der Nordsee südlich von Borkum auf ein von der Besatzung verlassenes treibendes Schiff, anscheinend den 600-Tonnen-Leichter „Dorus“ aus Kopenhagen, und schleppte es in den Hafen von Delfzijl ein. Da in einiger Entfernung von dem erlängten Schiff von der Besatzung des „Bruno“ noch ein weiterer in sinkendem Zustand befindlicher Leichter wahrgenommen wurde, wird angenommen, daß südlich von Borkum ein Schiffszusammenstoß stattgefunden haben muß. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Glücklicher Flug der „Los Angeles“ nach den Antillen.

Managuz (Portorico), 5. Mai. (W.T.B.) Die „Los Angeles“ hat ihren Flug nach den Antillen in 33 Stunden, und zwar drei Stunden schneller als erwartet, zurückgelegt. Das Luftschiff ist am Ankerort in Patoa vor Anker gegangen.

Ein schwerer Autobusunfall ereignete sich am Montagabend in London. Ein vollbesetzter Autobus fuhr in schneller Fahrt in einen Refferladen hinein, wobei 13 Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden.

Im Segelboot über den atlantischen Ozean. In Fiumicino an der Ufermündung ist der kanadische Leutnant Smith in seinem Segelboot eingetroffen, mit dem er die Ueberfahrt nach Europa gemacht hatte. Er war vom Unwetter der letzten Tage an der Riviera festgehalten worden und hatte die 60 Kilometer lange Strecke von Civita Vecchia nach Fiumicino in 10 Stunden zurückgelegt.

Arbeiter Sport.

Die freien Schwimmer Neufels C. K. veranstalten am kommenden Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 3 Uhr, ihr diesjähriges Baden. Treffpunkt 1 Uhr vor der städtischen Badeanstalt in der Ganshofstraße. Der hier Abmarsch unter Vorantritt des Tambourkorps der Freien Turnerschaft Neufels-Bris nach dem eigenen Gummibad am Britter Dörfchen am Gieserweg. Die freien Schwimmer haben es sich auch in diesem Jahre zur Aufgabe gemacht, eine bestimmte Anzahl von Schwimmern, die vom Reichsrat übermietet werden, unentgeltlich im Schwimmen auszubilden. Es hat daher im Interesse der Reichswehr Bevölkerung, denartige gemeinnützige Veranstaltungen recht zu unterstützen.

Die freien Schwimmer Neufels C. K. Schlangen im Monat Mai: 1. und 2. im Reichsrat Schwimmen, Neufels, Sonntag, 14. Sonntag Aufnahme neuer Mitglieder. Der nächste Tagesordnung wegen Eröffnung aller Schwimmernormale. Schwimmklub und Vereinsamt: Fr. Gohler, Berlin 60 10, Dantzenstr. 25.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

16. Abteilung Neufels. Funktionärstag findet nicht heute, Dienstag, sondern morgen, Mittwoch, 1/3 Uhr, bei Röder, Giesenhofische 45, statt.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Gesellschaft Neufels C. K. Schlangen im Monat Mai: 1. und 2. im Reichsrat Schwimmen, Neufels, Sonntag, 14. Sonntag Aufnahme neuer Mitglieder. Der nächste Tagesordnung wegen Eröffnung aller Schwimmernormale. Schwimmklub und Vereinsamt: Fr. Gohler, Berlin 60 10, Dantzenstr. 25.

Ramersdorf Choralistenverein. Kameraden, die am Mittwoch, den 11. Mai, sich an dem Festzug in Ganshof beteiligen, treffen sich abends 8 1/2 Uhr im Reichsrat Wilhelmshof, Ramersdorf um 7 Uhr im Ganshof-Rathaus. — Sonntag Eintrittsticket zum gemächlichen Abend am Sonntag, den 11. Mai, im Festsaal, den 7. Mai, beginnt ab 7 Uhr. — Kameradschaft Preussener Berg, Mittwoch, den 6. Mai, abends 8 Uhr, Versammlung bei Herrn, Preussener Berg, Donnerstag, den 7. Mai, abends 8 Uhr, Reichsrat und Zugübertragung bei Berg.

